

Aktuelle Post aus dem Kreistag (2)



16. Juli 2021

Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

In einer siebenstündigen Mammutsitzung wurden am 14. Juli für alle Aufgabenbereiche des Kreistags Wahlen durchgeführt. Wir haben in den meisten Fällen mit den anderen demokratischen Oppositionsparteien gestimmt, um zu verhindern, dass die Rechten Sitz und Stimme bekommen. Das ist für viele Gremien auch gelungen. Wir wollen nicht, dass rechte Positionen normal werden. Rechte und faschistische Politik darf in unserem Land nie mehr mehrheitsfähig sein!

Wir haben unsere Arbeit im Kreistag gleich nach der Kommunalwahl begonnen. Die linke Fraktion traf sich im im Mai zu einer zweitägigen Klausur. Dort haben wir unsere bisherige Arbeit kritisch unter die Lupe genommen und neue Ziele beschlossen. Weiterhin bleibt unser Schwerpunkt die Sozialpolitik. Doch verstärkt werden wir Klima- und Umweltthemen in den Kreistag einbringen und darauf achten, dass ein ökologischer Umbau unter sozialen Gesichtspunkten erfolgt.

In der Corona-Zeit haben auch im Wetteraukreis die sozialen Probleme zugenommen. Doch geschlossene Behörden erschweren den Zugang zu Hilfen. Deshalb stellten wir in dieser Kreistagssitzung den Antrag auf Öffnung des Eingangsbereichs beim Jobcenter. Mit zwei Anfragen zur Schulsozialarbeit wollten wir Genaueres über die Arbeitsverhältnisse und die Entlohnung der Sozialarbeiter: innen beim neuen Träger RDW erfahren. Der Wetteraukreis hat die Schulsozialarbeit neu vergeben. Die Antworten der Sozialdezernentin befriedigen uns nicht.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Konstituierung de Kreistags
2. Antrag DIE LINKE. Öffnung des Jobcenters Wetterau für die Hilfesuchenden
3. Antrag der Grünen: Keine Zerstückelung der John-F.-Kennedy-Schule in Bad Vilbel
4. Überarbeitung der Klimaschutzziele und des Klimaschutzkonzeptes
5. Ein Live-Stream für die Kreistagssitzung?
6. Antrag der Koalition: Kostenfreies Schülerticket
7. Anfragen DIE LINKE. zur Schulsozialarbeit

RÜCKLICHT



Für Windkraft: Sternmarsch zum Winterstein

Zum Sternmarsch des Bündnisses Windkraft Winterstein am 13. Juni 2021 kamen ca. 100 Menschen. DIE LINKE. unterstützt das Bündnis und seine Forderung 20 Windräder zu bauen. Die Wanderung hat gezeigt, wie viel Wald durch den Klimawandel bereits zugrunde gegangen ist. Es wird Zeit, umzusteuern! Auf dem Mainzer Kopf wurde symbolisch ein Windrad errichtet. Die Wende hin zu regenerativer Energieerzeugung muss voran kommen!

Bundestagswahl am 26. September 2021

Vor dem Roten Laden in Friedberg tagte Anfang Juli zum ersten Mal das Wahlaktiv der Wetterauer Linken coronakonform im Freien. Es gibt viel vorzubereiten. Da kann auch ein Regenschauer kein Hinderungsgrund sein.



Klausur der Kreistagsfraktion in Gedern

Ein Wochenende im Mai ging die linke Kreistagsfraktion mit ihren Unterstützer:innen in Klausur. Natürlich wurde viel darüber nachgedacht, wie sozialpolitische Themen in den Kreistag eingebracht werden können. Doch einen ganzen Tag ging es auch um Klima- und Umweltpolitik. Umweltaktivisten haben die Fraktion mit ihrem Fachwissen beraten.

Konstituierende Sitzung des Kreistags

Bereits am 8. März besetzte der Kreistag die wichtigsten Funktionen: Kreisausschuss, Kreistagsvorsitzender, Schriftführung. Damit war das Gremium erst mal arbeitsfähig. Auch die Mitglieder des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe wurde schon im März gewählt. Die Ausschüsse konstituierten sich im Juni. Jetzt wurden die vielen Gremien besetzt, mit denen der Kreis arbeitet: Verwaltungsrat der Sparkasse, Verbandsversammlungen (KGRZ, Regionalpark Niddaroute, Tierkörperbeseitigung, Naturpark Taunus), Zweckverband Vulkanradweg, Pateientenfürsprecher:in, Betriebskommission des Abfallwirtschaftsbetriebs und der WEBIT (Eigenbetrieb Informationstechnologie), Sportbeirat und ehrenamtliche Richter:innen beim Verwaltungsgerichtshof.

Als kleinste Kreistagsfraktion sind wir nur in zwei Gremien vertreten.



Peter Eickmann (links) wurde in die Verbandsversammlung des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) gewählt. Mit der OVAG und der vgo sind dem ZOV wichtige Betriebe der öffentlichen Daseinsfürsorge zugeordnet. Die Trinkwasserversorgung ist ein weiterer wichtiger Bereich.

Karlheinz Hofmann erhielt ein Mandat für den Verwaltungsrat der Sparkasse Oberhessen. DIE LINKE. fordert seit langem,

dass die Sparkasse Gewinne an den Wetteraukreis ausschüttet, statt sie nach Grutsherrenart über ihre Stiftung zu vergeben. Wichtig sind der Linken auch die Kontogebühren. Die sind gerade für Leute mit niedrigen Einkommen unverhältnismäßig hoch. Die Sparkassen haben die Aufgabe, die regionale und mittelständische Wirtschaft zu fördern. Hierauf muss ein Augenmerk gerichtet werden! Denn wegen falscher Zinsberechnungen kam es gerade wegen der Kreditvergaben der Sparkassen zu Insolvenzen und finanziellen Schieflagen bei mittelständischen Unternehmen.



Antrag DIE LINKE.: Öffnung des Jobcenters für die Hilfesuchenden

Der Wetteraukreis ist gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Träger des Jobcenters. Während der langen Corona-Zeit erschwert das Jobcenter den Kontakt für Hilfesuchende. Nach § 17 SGB I ist dies nicht hinzunehmen.

Die Probleme sind: Hartz4-Empfänger müssen ihre Anliegen mit dem Jobcenter jetzt telefonisch oder online klären, persönliche Termine sind aus Gründen des Infektionsschutzes

nicht möglich. Leistungsempfänger ohne Zugang zu digitalen Endgeräten stellt dies vor unüberwindbare Hindernisse. Und auch bei Sprachproblemen fehlt die Hilfe. Zudem können Unterlagen nicht am Schalter im Eingangsbereich abgegeben werden. Also entfällt ein Eingangsstempel. So kann nicht nachgewiesen werden, dass man die Unterlagen wirklich abgegeben hat. Gehen die Unterlagen „verloren“, kann es schnell zu Problemen mit der Unterstützung kommen.

Laut Sozialgesetzbuch müssen die Jobcenter generell dafür sorgen, dass Grundsicherungsempfänger die ihnen zustehenden Leistungen umfassend und zügig erhalten. Auch eine Pandemie entbindet die Jobcenter nicht von der Pflicht, ihre Dienstgebäude für jeden zugänglich und barrierefrei zur Verfügung zu stellen (§ 17 SGB I). Zumindest der Eingangsbereich muss geöffnet sein. Hilfesuchende müssen Formulare abholen oder Unterlagen abgeben können.

Das ist mit einem entsprechenden Hygienekonzept auch möglich.

Erschwert wird der Zugang zu SGB II Leistungen auch, weil der kostenfreie Kopierer nicht genutzt werden kann. Und besonders Leistungsempfänger:innen, die die deutsche Sprache nicht vollständig beherrschen oder Menschen, die keinen Zugang zu PC, Drucker oder Guthaben für Anrufe haben, werden vollends im Regen stehen gelassen.

Hier muss sich dringend etwas ändern. Der Zugang darf nicht extra erschwert werden – besonders nicht während der Pandemie, wo die sozialen Probleme zugenommen haben. Dazu kommt ja noch, dass auch andere Behörden nicht erreichbar sind und geforderte Unterlagen schwerer zu beschaffen sind. Das führt beim Jobcenter nicht selten zu Problemen bei der Bearbeitung und auch zu Leistungskürzungen, wegen Nichteinhaltung von Terminen. Viele benachteiligte Leistungsberechtigte sind wegen der verschlossenen Ämter nicht nur extremem Druck ausgesetzt sondern ihnen fehlt auch zeitweise die grundlegende Hilfe für Essen und Wohnung.

Zum Schutz der Mitarbeiter im Jobcenter und in den Sozialbehörden schlägt DIE LINKE. den Einsatz von entsprechenden Schutzvorrichtungen vor, die den persönlichen Umgang mit Leistungsempfängern ermöglichen. Diese werden schließlich auch von anderen Behörden oder Einrichtungen genutzt.

Der vollständige Antrag ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1337-eingangsbereich-des-jobcenters-endlich-%C3%B6ffnen-hilfe-muss-auch-in-der-pandemie-m%C3%B6glich-sein.html>

Das war unsere Rede dazu:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/1343-%C3%B6ffnung-des-jocenters-f%C3%BCr-die-hilfesuchenden.html>

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung überwiesen.

Antrag der Grünen: Keine Zerstückelung der John-F.-Kennedy-Schule, Bad Vilbel

Der Bildungsausschuss hatte sich mit diesem Antrag nochmal befasst. Der Rektor der JFK-Schule und Kolleg:inn:en waren zur Ausschusssitzung gekommen. Nur der Rektor durfte sprechen und das Anliegen vortragen. Diese Vorgehensweise wurde im Kreistag kritisiert. Die Grünen Antragsteller:innen sahen das als Verhinderung bürgerschaftlichen Engagements an. Die Mehrheit wollte aber eine Ausschusssitzung streng nach Geschäftsordnung. Und demzufolge braucht den Betroffenen kein Rederecht eingeräumt werden.

Die Mehrheit im Kreistag sah in der Nutzung der leerstehenden Brunnenschule kein Problem. Nochmal zur Erinnerung: Die JFK-Schule platzt aus allen Nähten und muss bereits Klassenräume der benachbarten Saalburgschule und zwei Container nutzen. Und zukünftig soll die Schule in die Brunnenschule ausweichen. Das Problem: Die Brunnenschule liegt 25 Gehminuten von der JFK-Schule entfernt. Der Personalrat befürchtet, dass sich diese Zerstückelung negativ auf die pädagogische Arbeit auswirkt. Ein Teil der Kinder wäre von Projekten und Aktivitäten abgeschnitten. Der Personalrat plädiert also für mehr Container auf dem Schulgelände, bis die JFK-Schule eine Erweiterung erfährt.

Die Grünen unterstützten mit ihrem Antrag die Schulgemeinde. Dem haben wir uns angeschlossen. Denn es ist offensichtlich, dass besonders Kinder betroffen sein werden, die Förderbedarf haben und eine soziale Anbindung an die Schulgemeinde brauchen.

In der Debatte wurde klar, dass sogar längerfristig auf die Brunnenschule ausgewichen werden muss. Ein Neubau oder Anbau am Standort der JFK-Schule dauert längere Zeit. Bisher ist noch nicht mal ein Plan erstellt. Der Landrat, der auch Schuldezernent ist meinte, die Bildung eines Schulcampus gehe nicht von heute auf morgen. Zuvor hatte er noch behauptet, die Zerstückelung sei nur vorübergehend.

Wir haben dazu angemerkt:

„Herr Weckler, Sie haben hier eindrucksvoll dargestellt, dass die Auslagerung in die Brunnenschule keine kurzfristige, sondern eine längerfristige Angelegenheit ist. Gegen einen Schulcampus ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Wohl aber, dass Sie schon lange wissen, dass Bad Vilbel stark wächst und damit die Schülerzahlen natürlich steigen. Sie reden von einem dynamischen Schulentwicklungsplan. Aber gerade bei einer dynamischen Entwicklung braucht man Vorlauf. Und dieser Vorlauf wurde in Bad Vilbel verschlafen und so sind die Probleme hausgemacht.“

Auch die FDP hat sich für die JFK-Schule stark gemacht. Doch die Koalition aus SPD und CDU blieb bei ihrer Einstellung: Die Brunnenschule wird zukünftig von Schüler:innen der JFK-Schule genutzt.

Ein kleines Schmankerl gefällig?

Was Schuldezernent Weckler von einer Schulentwicklungsplanung hält, verriet er im Schulausschuss am 5. Juli: Er sagte, Schulentwicklungspläne seien sinnlos. Ihre Erstellung bereite viel Arbeit und es komme nichts heraus. Das sei Zeitverschwendung.

Noch Fragen, warum die Planung in Bad Vilbel verschlafen wurde?

Überarbeitung der Klimaschutzziele und des Klimaschutzkonzepts

Das Bundesverfassungsgericht hat kürzlich mehrere Klimaklagen als teilweise begründet erklärt. Geklagt hatten der Solarenergie-Förderverein Deutschland (SFV), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie Einzelkläger.

Das BVerfG erklärt die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Klima-Abkommens mit seinem Urteil letztlich für verfassungsrechtlich verbindlich. Die grundrechtliche Freiheit und das Staatsziel Umweltschutz verpflichten den Gesetzgeber zu einer vorausschauenden Planung, wie den Emissionen Einhalt geboten werden kann. Über das Jahr 2030 hinaus müsste eine konkrete Planung erarbeitet und die Klimapolitik stark beschleunigt werden.

Dieses Urteil erfordert auch für den Wetteraukreis ein Umdenken. Die bisherigen Klimaziele müssen überarbeitet werden.

Dazu haben SPD und CDU einen Antrag eingebracht und ebenso die Grünen.

Während der Antrag der Koalition nur die notwendige Anpassung an die zu erwartenden Gesetze fordert, möchten die Grünen, dass sofort damit begonnen wird, ein neues weitergehendes Klimaschutzkonzept auszuarbeiten.

Wir haben uns dem grünen Antrag angeschlossen:

„Herr Kreistagsvorsitzender, sehr geehrte Mitabgeordnete, liebe Gäste,
DIE LINKE. unterstützt den Antrag der Grünen.

Jetzt – spätestens nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts - ist klar: Es muss konkrete und verlässliche Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase geben.

Viele Wissenschaftler:innen haben bereits aufgezeigt, dass die derzeitigen Maßnahmen nicht annähernd ausreichen, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad zu begrenzen. Wegen Untätigkeit werden eher vier Grad ziemlich wahrscheinlich sein.

Deswegen möchten wir, dass das Klimaschutzkonzept des Wetteraukreises grundlegend überarbeitet wird. Sinnvolle Vorschläge dafür enthält das Klimaschutzkonzept von BUND Kreisverband Wetterau, Wetterau im Wandel und Fridays for Future - Friedberg/Bad Nauheim, das im Mai an alle Fraktionen des Kreistags verschickt wurde. Diese Ziele sind sehr konkret und können in die Überarbeitung der Wetterauer Klimaziele einfließen.

Wir stellen uns bei dieser Überarbeitung der Wetterauer Klimaziele nicht nur eine vorsichtige Korrektur oder Anpassung an die geänderte Rechtslage vor, die der Bundestag beschließen wird.

Wir erwarten, dass der Wetteraukreis darüber hinaus geht und möglichst weitgehende Schritte zum Klimaschutz einleitet. Hier dürfen die meist konzernfreundlichen und zaghaften Vorgaben des Bundes gerne übertroffen werden.“

Die Klimaschutzziele des Wetteraukreises sollen im Ausschuss Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft besprochen werden. Wir sind neugierig, ob was dabei herauskommt...

Ein Live-Stream für den Kreistag?

Tausende Wetterauer Bürger:innen vermissen offensichtlich schmerzlich einen Live-Stream, mit dem sie die interessanten Kreistagssitzung verfolgen können... Die AfD hat wohl auch deshalb zum wiederholten Male beantragt, die Sitzungen zu filmen.

Die Koalition hat Bedenken: Kosten und Nutzen stünden nicht im Verhältnis zueinander. Zudem müsste man alle Abgeordneten und Gäste verpixeln, die nicht einverstanden sind, dass sie aufgenommen werden. Zum Datenschutz stand im AfD-Antrag nichts drin. Wir sind nicht gegen einen Live-Stream, sollte er denn kommen. Auch wenn wir bezweifeln, dass der sich zum Blockbuster entwickeln könnte. Aber eines wäre immerhin von Vorteil: Die Zuschauer könnten endlich mal sehen, wie niveaulos die Rechten im Kreistag agieren.

Koalition beantragt ein kostenfreies Schülerticket

Wir freuen uns immer, wenn einer unserer Anträge von anderen Fraktionen aufgegriffen wird. Diesmal ist es der Antrag für ein kostenfreies Schülerticket, den die Koalition aus SPD und CDU nun gestellt hat.

Im Dezember 2015 hatten wir das zum ersten Mal beantragt:

„Die Fraktion DIE LINKE. stellt zur Kreistagssitzung am 13. Januar 2016 folgenden Antrag: Der Kreistag möge folgende Resolution an die Hessische Landesregierung beschließen: Der Kreistag des Wetteraukreises setzt sich für ein Schülerticket ein, das ähnlich wie das Semesterticket für Studenten die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs im RMV-Gebiet ermöglicht.

Das Schülerticket soll kostenfrei und bis einschließlich der Sekundarstufe II gültig sein.

Das Schülerticket soll auch an Wochenenden und Feiertagen und in den Schulferien genutzt werden können.

Begründung:

Bildung muss von der Herkunft unabhängig sein. Eine freie Schülerbeförderung ermöglicht Bildungsgerechtigkeit. Auch gesellschaftliche Teilhabe muss jeder Schülerin und jedem Schüler möglich sein: dazu gehören Angebote der Sport- und Musikvereine und der Jugendfreizeit ebenso, wie soziale Kontakte unter den Schüler/innen außerhalb der Schule.“

Dieser Antrag wurde damals von den anderen Fraktionen im Kreistag abgelehnt.

Ebenfalls 2015 unterstützten wir den Landeselternbeirat mit seiner Petition für die Abschaffung des § 161 Schulgesetz. Dort ist festgeschrieben, dass bei Schulwegen von zwei, bzw. drei Kilometern kein Schülerticket bezahlt wird. Erst bei weiteren Schulwegen zahlt das Land Hessen. Die Fraktionen im Wetterauer Kreistag wollten damals die Landesregierung nicht auffordern, diesen Paragraphen aufzuheben.

Nun ist es gut, dass hier eine Kehrtwende hingelegt wird und dass sich die Koalition heute für die Abschaffung des § 161 Schulgesetz stark machen möchte. Denn diese zwei beziehungsweise drei Kilometerregelung ist nicht einfach bloß „nicht zeitgemäß“, wie die Koalition sagt. Sie ist vor allem unsozial.

Dieses kostenfreie Schülerticket kostet den Wetteraukreis jährlich ca. 4 Millionen Euro. Jetzt hoffen wir, dass es an diesem Geldbetrag nicht doch noch scheitern wird.

Der Antrag wird im Bildungsausschuss beraten.

Anfragen DIE LINKE. zur Schulsozialarbeit

Der Wetteraukreis hat die Schulsozialarbeit neu ausgeschrieben und den Regionalen Dienstleistungen Wetterau (RDW) den Zuschlag gegeben. Sozialdezernentin Becker-Bösch hatte das in der Presse sehr positiv dargestellt: Die Schulsozialarbeit erfolge jetzt flächendeckend und sei endlich gesichert.

Was in diesem Eigenlob keine Erwähnung fand: Bisherigen erfahrenen und eingearbeiteten Trägern von Schulsozialarbeit wurde gekündigt. Die dort beschäftigten Sozialarbeiter:innen müssen sich eine neue Arbeit suchen. Und wenn sie sich bei den RDW für die gleiche Tätigkeit bewerben, die sie bisher geleistet haben, müssen sie offenbar Lohneinbussen von etwa 600 Euro brutto hinnehmen.

Dazu hat die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag zwei Anfragen eingereicht und verlangt zu diesen kritischen Punkten Auskunft. Wir wollten wissen, welche Kriterien maßgebend waren, um einem Angebot den Zuschlag zu geben, das womöglich Dumpinglöhne beinhaltet. Uns interessiert, welche Qualifikation die RDW für die Einstellung als Sozialarbeiter:in voraussetzt und welcher Tarif und welche Eingruppierung bei den RDW gelten.

Die erste Anfrage lässt erkennen, dass die Kosten das ausschlaggebende Kriterium für die Auftragsvergabe waren und nicht etwa die Qualität oder die Kontinuität der Arbeit vor Ort. Die Sozialdezernentin beantwortete die Frage nach dem Tarif nicht. Sie spricht lediglich davon, dass Tariftreue garantiert sei. Welcher Tarif es ist, sagte sie auch in einer weiteren Anfrage nicht. Wir befürchten: Sie weiß warum.

Lehrkräfte berichteten der Linken, dass die Schulsozialarbeit schon in der Vergangenheit unter Instabilität und Fluktuation gelitten hat. Lohndumping würde hier keine Abhilfe schaffen und die Arbeit an den Schulen wäre so auch nicht langfristig gesichert.

Hier sind unsere Anfragen und die Antworten zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1338-dumpingloehne-bei-der-wetterauer-schulsozialarbeit.html>

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1341-schulsozialarbeit-die-frage-zur-tariflichen-eingruppierung-wurde-nicht-beantwortet.html>



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber